

**Stellungnahme der Landesregierung zu den Empfehlungen des Interregionalen  
Parlamentarier-Rates vom 19. Juni 2015 in Namur**

- 1. Medienvielfalt in der Großregion erhalten**
- 2. Empfehlung bezüglich der Begrenzung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel  
der Verbesserung der Wasserqualität**
- 3. Duale Ausbildung und Systeme der Ausbildung bei der beruflichen Bildung  
in der Großregion**
- 4. Zweisprachigkeit Französisch / Deutsch in der Großregion**

## **1. Medienvielfalt in der Großregion erhalten**

### Mehrwertsteuer für Printerzeugnisse

Die Landesregierung begrüßt das Ziel, faire Wettbewerbsbedingungen für Printmedien zu schaffen. Zu Recht unterstreicht die Empfehlung die Bedeutung einer vielfältigen und qualitativ hochwertigen Medienlandschaft für die kulturelle und Meinungsvielfalt. Eine solche Medienlandschaft ist eine wichtige Grundlage nicht nur für die demokratische Willensbildung in der Großregion, sondern für die demokratisch verfassten Gesellschaften in der EU insgesamt. Die Printmedien leisten einen wertvollen Beitrag, diese Vielfalt zu erhalten und auch in die zunehmend digitale und konvergente Welt zu übertragen. Denn im Kern zählt nicht die Form der Darreichung eines Mediums, sondern der Inhalt selbst.

Gerade in der zunehmend digitalen Medienwelt und der immer größeren Datenflut des Internets kommt den Qualitätsmedien eine bedeutende Rolle zu. Informationen in der immer größeren Datenflut des Internets unabhängig, verlässlich und qualitativ hochwertig zu gewichten, aufzubereiten, einzuordnen und zu bewerten, wird immer wertvoller. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die privaten Qualitätsmedien, insbesondere auch die Printmedien, werden hier einen maßgeblichen Beitrag leisten. Gerade unsere zunehmend digital geprägte Gesellschaft braucht diese Stärken, für die besonders die Zeitungen stehen. Faire Wettbewerbsbedingungen sind Voraussetzung dafür, dass die Printmedien diesen Beitrag so gut wie möglich leisten können.

In diesem Zusammenhang ist der Mehrwertsteuersatz ein mögliches politisches Steuerungselement. Vor dem Hintergrund der im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegten Verteilung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sollten allerdings nicht vorschnell Befugnisse im Bereich der Steuergesetzgebung auf die EU übertragen werden. Als „Königsrecht des Parlaments“ haben Steuer- und Haushaltsfragen eine herausragende Bedeutung für unser politisches System. Nicht europäische Einheitssteuersätze, sondern bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten scheinen hier eine passgenauere und ebenso wirksame Möglichkeit zu bieten, fairen Wettbewerb zu schaffen. Zudem würde dieses Vorgehen dem primärrechtlich verankerten Subsidiaritätsgrundsatz eher entsprechen.

Förderung von Volontariaten und Stipendien beim Journalistenaustausch  
in der Großregion

Die Landesregierung begrüßt diese Idee. Sie ist geeignet die Großregion zu stärken, indem sie dazu beiträgt ein besseres öffentliches Bewusstsein für die Großregion und ihre Vorzüge zu schaffen.

Journalistenpreis der Großregion

Wie der bessere und regere Volontärs- und Journalistenaustausch in der Großregion würde ein solcher Preis die Großregion stärken, indem er ein größeres öffentliches Bewusstsein für die Großregion und die mit ihr verbundenen Möglichkeiten schafft. Der Preis könnte einen zusätzlichen Anreiz für Journalisten schaffen, wichtige Themen der Großregion den Menschen näher zu bringen. Damit würde er auch dazu beitragen, die Möglichkeiten der Großregion sichtbar und ihre vielfältigen Möglichkeiten für die Menschen in der Großregion leichter zugänglich zu machen.

## **2. Empfehlung bezüglich der Begrenzung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität**

Die Landesregierung unterstützt die Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarier-Rats zur Begrenzung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität. Sie sieht darin eine große Unterstützung der Umsetzung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie und hält die vorgeschlagenen Maßnahmen für Ziel führend.

Die Landesregierung begrüßt insbesondere die Aktivitäten der Unterarbeitsgruppe Landwirtschaft der Großregion, die sich in ihrer Sitzung im April 2015 des Themas „Vermeidung von Wasserkontaminationen durch Pflanzenschutzmittelreste bei der Reinigung von Pflanzenschutzgeräten“ befasst hat. Sie unterstützt einen intensivierten Austausch über dieses Thema, das im Hinblick auf die chemische und ökologische Qualität von Oberflächenwasser essentiell ist.

Ferner begrüßt die Landesregierung die Einrichtung der Expertengruppe „Pestizide“ der „Internationalen Kommission zum Schutz von Mosel und Saar“ und unterstützt nachhaltig die Bestrebungen zur Verbesserung der Wasserqualität in den grenzüberschreitenden Flüssen in den Regionen durch die intensive Mitarbeit ihrer Expertinnen und Experten aus Wasser- und Landwirtschaft.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduktion der Anwendung von Pestiziden und der Vermeidung von Wasserkontaminationen sich nahezu ausschließlich auf Pflanzenschutzmittel beziehen. Aus eigenen Untersuchungen in Rheinland-Pfalz ist jedoch bekannt, dass auch die unsachgemäße Verwendung von Bioziden, der zweiten Gruppe der Pestizide, teilweise erheblich zur Minderung der Wasserqualität beiträgt. Die Landesregierung fordert die Kooperationspartner auf, auch bei Bioziden die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen.

### **3. Duale Ausbildung und Systeme der Ausbildung bei der beruflichen Bildung in der Großregion**

Gerade die Verzahnung von Theorie und Praxis im Rahmen der dualen Ausbildung stellt in Deutschland ein Erfolgsmodell dar. Die Landesregierung unterstützt daher das Anliegen des Interregionalen Parlamentarier-Rats, praxisnahe Ausbildungsmodelle in den Teilregionen zu unterstützen und über Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung zu informieren.

Im Rahmen eines stärkeren Zusammenwachsens in der Großregion ist die Möglichkeit, dass Jugendliche eine Ausbildung in einer anderen Teilregion mit dualem Ausbildungssystem absolvieren können, eine Chance, internationale Erfahrungen zu sammeln. So können Jugendliche unmittelbar die verschiedenen Dimensionen europäischer Zusammenarbeit erleben. Der große Vorteil besteht darin, dass es sich nicht um zeitlich eng befristete Begegnungen im Rahmen eines Schüleraustausches handelt, sondern dass die Ausbildung zum Alltag der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehört. Die engen sozialen Kontakte, die mit den Ausbildern, den Kolleginnen und Kollegen sowie den Kunden bestehen, dienen dazu, ein tiefes Verständnis für die Lebenswirklichkeit in den europäischen Partnerregionen zu entwickeln. Im Rahmen der Ausbildung werden die Sprachkenntnisse der Auszubildenden erweitert und den Schülerinnen und Schülern gelingt es, intensive Einblicke in die Lebensweisen und Kulturen des jeweiligen Nachbarlandes zu gewinnen.

Seitens der Berufsschulen werden zukünftig alle Vorhaben unterstützt, die der Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dienen. Als dualer Partner greift die Berufsschule auch zukünftig alle Impulse auf, die von den Ausbildungsbetrieben und deren Kammern ausgehen und unterstützt entsprechende Vorhaben engagiert und flexibel.

Erinnern möchte die Landesregierung an die im Rahmen der rheinland-pfälzischen Präsidentschaft des Gipfels der Großregion mit den Akteuren der Berufsbildung erarbeiteten Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion, deren Partner der Interregionale Parlamentarier-Rat ist und die mit der Definition von gemeinsamen Zielsetzungen der grenzüberschreitenden Berufsbildungspolitik und den aufgeführten Handlungsansätzen zu deren Realisierung den Rahmen für die weitere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich bildet. Die Landesregierung weist darauf hin, dass parallel zur Entstehung der Rahmenvereinbarung sowie im Nachgang der Unterzeichnung bereits mit der Umsetzung dieser Handlungsansätze begonnen worden ist. So hat

Rheinland-Pfalz beispielsweise als Anlauf- und Beratungsstelle für potenzielle Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie internationale Fachkräfte die Welcome Center bei den Industrie- und Handelskammern eingerichtet. Darüber hinaus befinden sich die für die Berufsbildung relevanten Akteure aus Rheinland-Pfalz und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem Dialog, der auf die bilaterale Umsetzung der Rahmenvereinbarung abzielt.

Das Ziel der verstärkten Information über die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung verfolgt die Landesregierung u.a. durch die Initiative „Nach vorne führen viele Wege“ des Ovalen Tisches. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, verstärkt über die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung zu informieren, die vom Interregionalen Parlamentarier-Rat konstatiert wird, sollte auch auf die Materialien der Initiative „Nach vorne führen viele Wege“ zurückgegriffen werden. Die Berufs- und Studienorientierung junger Menschen in den Schulen wird durch die Landesregierung verstärkt. Ein verbindliches Beratungskonzept gilt für alle weiterführenden Schulen des Landes gleichermaßen. An einem „Tag der Berufs- und Studienorientierung“ werden die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern nach landesweit einheitlichen Qualitätsstandards über Berufs- und Studienmöglichkeiten informiert.

Bezüglich des Bestrebens des Interregionalen Parlamentarier-Rats, Möglichkeiten einer Annäherung der verschiedenen Modelle der beruflichen Bildung zu analysieren, weist die Landesregierung darauf hin, dass in Deutschland ein wesentlicher Vorteil des dualen Systems der Berufsausbildung darin liegt, dass sie bundesweit einheitlich verfasst ist und somit ein Wechsel zwischen Unternehmen und Bundesländern leicht möglich ist. Eine regionale Anpassung des Systems an die Bedingungen in anderen Teilregionen ist daher nur bedingt möglich. Entsprechende Bestrebungen sind daher vorsichtig zu bewerten. Bei der Analyse der Unterschiede der Modelle der beruflichen Bildung in den Teilregionen sollten bereits beim Bundesinstitut für Berufsbildung im Rahmen der Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation vorliegende Informationen einbezogen werden.

#### **4. Zweisprachigkeit Französisch / Deutsch in der Großregion**

Die Landesregierung begrüßt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rats zur Förderung der Zweisprachigkeit in der Großregion. Sie zeigt sich aber auch besorgt über die möglicherweise nachteiligen Auswirkungen der französischen Schulreform für das Erlernen der deutschen Sprache in Frankreich. Dies wäre bedauerlich, da sich beispielsweise das AbiBac oder auch der Einsatz des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz im französischen Schulsystem in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich entwickelt haben. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat sich diesbezüglich bereits an die zuständige französische Ministerin gewandt.

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium unterstützt seit Jahren Schulpartnerschaften und Schülerbegegnungen in der Großregion. Durch diese internationale Zusammenarbeit können Schülerinnen und Schüler vielfältige Erfahrungen sammeln, die ihnen helfen können, sich in einer Welt der Internationalisierung und Globalisierung besser zurecht zu finden und deren Chancen zu nutzen. Aktive Schulpartnerschaften und Schülerbegegnungen leisten einen Beitrag zur Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen, von interkulturellen sowie sozialen Kompetenzen. Welche Partnerschule eine rheinland-pfälzische Schule wählt, liegt in der Hand der Schule selbst.

Mit etwa 450 Schulpartnerschaften liegt Frankreich in Rheinland-Pfalz an erster Stelle der Partnerschaften mit ausländischen Schulen. Es existieren beispielsweise Schulpartnerschaften im Rahmen des Schüleraustausches mit Schulen in Metz und Bitche. Die Landesregierung begrüßt jede weitere Schulpartnerschaft, die zwischen französischen und rheinland-pfälzischen Schulen geschlossen werden soll. Entsprechende Schreiben seitens der französischen Botschaft, die um Zustimmung zu einer Schulpartnerschaft bittet, werden daher immer positiv beantwortet.

Die Schulaufsichtsbehörde des Landes stellt sicher, dass zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in allen Fächern Lehrerwochenstunden je nach Bedarf und Möglichkeiten allen Schulen gleichermaßen zugewiesen werden. Selbstverständlich werden dabei Profilbildungen z.B. im sprachlichen Bereich besonders beachtet. Gerade im grenznahen Raum sind in Grundschulen, Realschulen plus und vor allem in Gymnasien bilinguale Züge in der Partnersprache Französisch eingerichtet.

Neun von 14 Gymnasien mit deutsch-französischen bilingualen Zügen befinden sich im grenznahen Raum. An mittlerweile sieben Gymnasien (vier davon im grenznahen

Raum) mit ihren Partnerschulen in Frankreich besteht mit dem AbiBac zusätzlich die Möglichkeit, gleichzeitig mit dem deutschen Abitur das französische Baccalauréat zu erlangen.

In Grundschulen der Großregion, insbesondere in den grenznahen Gebieten zu Frankreich oder Luxemburg, wird bereits verstärkt Französisch unterrichtet. Eine Ausweitung des Französischunterrichts scheitert jedoch oft auch am Elterninteresse in den nicht-grenznahen Regionen.

Der Unterricht basiert auf dem Teilrahmenplan Fremdsprache in der Grundschule, der auf den europäischen Referenzrahmen bezogen ist. Das Konzept der Integrierten Fremdsprachenarbeit in rheinland-pfälzischen Grundschulen sieht vor, dass die Schule entscheidet, welches Sprachangebot sie unterbreitet. Ob dies Englisch oder Französisch ist, hängt von der personellen Ausstattung der einzelnen Schule mit Lehrkräften mit Qualifikation im Fach Englisch oder Französisch ab. Bei der Integrierten Fremdsprachenarbeit lernen die Schülerinnen und Schüler ganzheitlich in Sinnzusammenhängen, nicht isoliert, sondern umfassend und in verschiedenen Lernbereichen.

Die Zahl der Französisch lernenden Schülerinnen und Schüler für die berufsbildenden Schulen ist weiterhin stabil. Die berufsbildenden Schulen an den grenznahen Gebieten sind interessiert, die Kontakte zu Frankreich auszubauen. So besteht zum Beispiel ein internationaler und städtischer Jugendwettbewerb der Berufsschule im Gastgewerbe mit Schulen in Metz und Émerainville (Île-de-France).